

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE FRAKTION DER BUNDESVERSAMMLUNG
GROUPE DEMOCRATE-CHRETIEN DE L'ASSEMBLEE FEDERALE
GRUPPO DEMOCRATICO CRISTIANO DELL'ASSEMBLEA FEDERALE

Energiepapier der CVP Fraktion

Verabschiedet von der CVP Fraktion anlässlich ihrer Sitzung vom 23. Februar 2007

ZUSAMMENFASSUNG	3
1. EINFÜHRUNG	6
2. GRUNDLAGEN	8
2.1 Tabellen und Anwendung	8
2.2 Zusammenfassung der „Tabelle“	9
2.3 Rahmenbedingungen	12
3. ENERGIEPOLITISCHE GRUNDSÄTZE	15
4. POSITIONEN UND MASSNAHMEN	16
4.1 Elektrizität	16
4.2 Wärme	19
4.3 Mobilität (Kraftfahrzeuge / Verkehrsmittel)	20
MITGLIEDER DER ARBEITSGRUPPE	23

Zusammenfassung

Ausgangslage

Die Politik hat in den nächsten Monaten und Jahren wichtige Entscheide in der Energiepolitik zu fällen. Ziel dieses Arbeitspapiers ist zum einen eine sorgfältige Analyse der Probleme, die im Energiebereich, insbesondere angesichts der Klimaproblematik, auf uns zukommen und andererseits eine Einschätzung der Lösungsmöglichkeiten angesichts der energetischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Gestützt hierauf legt die CVP Fraktion hier ihre wichtigsten Positionen und konkreten Forderungen fest.

Auftrag

Am 24. November 2006 hat die CVP Fraktion der eidgenössischen Räte eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Ständerat Hansheiri Inderkum und Nationalrat Ruedi Lustenberger eingesetzt, welche die energiepolitischen Positionen der Fraktion in einem entsprechenden Positionspapier auszuarbeiten hat. Die Fraktion hat dieses Papier an ihrer Sitzung vom 23. Februar 2007 beraten und in der vorliegenden Form beschlossen.

Analyse

Bei der Beantwortung der wissenschaftlichen Fragen hat die Arbeitsgruppe mit der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT), vertreten durch ProClim-, und der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) zusammen gearbeitet. Die im Analyseteil zentrale Tabelle wurde von ProClim im Auftrag der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT) und der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) erstellt und zeigt in einer Zusammenfassung die Chancen und Risiken der wichtigsten gegenwärtig und/oder inskünftig verfügbaren Energieressourcen. Sie gliedert sich in drei Teile – entsprechend den wichtigsten Arten der Energieanwendung, nämlich: Erzeugung von Strom, Erzeugung von Wärme und Antrieb von Kraftfahrzeugen, mithin Mobilität im engeren Sinne. Wir danken ProClim und den erwähnten Akademien für die ausgezeichnete Zusammenarbeit und die kompetenten Auskünfte.

Die wichtigsten Schlussfolgerungen in Kürze

Ausgangspunkt unserer Betrachtungen ist der Mensch und sein Wohlergehen. Die Schweiz muss ihren Bürgerinnen und Bürgern ein gesundes, stabiles Umfeld bieten können. Dazu gehört insbesondere eine Energie- und Klimapolitik, die auch künftigen Generationen eine Energieversorgung garantiert, die ausreichend und sicher, wirtschaftlich und umweltverträglich ist.

1. Die CVP Fraktion setzt einen ersten Schwerpunkt auf die **Energieeffizienz** und die **Realisierung des brachliegenden Einsparpotentials**. Gerade im Wärmebereich ist das Potential enorm und hilft die

Auslandabhängigkeit zu reduzieren. Hier braucht man auch nicht auf technologische Entwicklungen zu warten. Die Umsetzung dieser Massnahmen kann demzufolge sofort angegangen werden.

2. Sodann setzt die CVP Fraktion auf die **Wasserkraft**. Diese ist nach wie vor die wichtigste Ressource zur Erzeugung von Elektrizität in der Schweiz. Diese heimische Energiequelle ist erneuerbar, das Ausbaupotential ist jedoch begrenzt. Es konzentriert sich schwergewichtig auf den Neu- oder Umbau von Speicherkraftwerken, Laufwasserkraftwerken, und Kleinstwasserkraftwerken. Grosses Potential besteht hingegen bei der Verbesserung des Wirkungsgrades. Eine Verschärfung der Restwasservorschriften würde die notwendige Produktionserhöhung verhindern.
3. Und schliesslich will die CVP Fraktion den Anteil der **neuen erneuerbaren Energien** bis 2020 auf mindestens 10% anwachsen lassen. Diese sollen gezielt gefördert werden.
4. Die CVP Fraktion stellt aber fest, dass auch bei voller Ausschöpfung der Potentiale bei Energieeffizienz, Wasserkraft und der neuen erneuerbaren Energien ein Versorgungsengpass bei der Elektrizität nicht verhindert werden kann. Sie sieht deshalb darüber hinaus folgende Massnahmen vor:
 - **Lieferverträge und Stromimport:** Die mit der Electricité de France (EDF) bestehenden Lieferverträge über den Import von Strom laufen anfangs 2020 aus. Wir benötigen weiterhin langfristige Verträge, die den Austausch unserer kostbaren Spitzenenergie gegen die benötigte Bandenergie sichern. Der Zustand der Strom-Übertragungsnetze ist langfristig sicherzustellen und dem erwarteten Transport Bedarf zeitgerecht anzupassen.
 - **Kernkraftwerke:** Die CVP Fraktion ist überzeugt, dass auf die Kernkraft einstweilen nicht verzichtet werden kann. Sie ist weiterhin erforderlich, um die Energieversorgung in unserem Land sicherzustellen, dieses auf seinem Wachstumspfad zu halten und einen Versorgungsengpass zu vermeiden. Durch sie bleibt die Schweiz von der Abhängigkeit von anderen Produktionsländern verschont, kann verantwortungsvoll mit ihrer Umwelt umgehen und Elektrizität zu einem moderaten Preis erzeugen. Mit Blick auf die doch recht lange Planungs- und Realisierungsphase bei Kernkraftwerken sind deshalb ohne Verzug die entsprechenden Planungsarbeiten und Bewilligungsverfahren an die Hand zu nehmen. Dabei geht es nicht um einen Ausbau des bestehenden Kernkraftwerkparkes, sondern um einen Ersatz bisheriger Kraftwerke durch neue, bzw. erneuerte Anlagen mit höherer Sicherheit und besserer Leistungskraft. Die Frage nach der Entsorgung der radioaktiven Abfälle ist dabei parallel zu behandeln und rasch zu entscheiden.
 - **Gaskraftwerke:** Sollte sich in den nächsten Jahren abzeichnen, dass es nicht gelingt mit den oben beschriebenen Massnahmen einen Versorgungsengpass zu vermeiden, wird sich die CVP Fraktion nicht gegen die Erstellung eines Gaskraftwerkes stellen. Unbedingt sichergestellt sein müssen jedoch die Begrenzung der Höchstlaufdauer und die Beschränkung der Kapazität auf das absolut erforderliche Minimum. Die CVP Fraktion verlangt, dass dabei der CO2 Ausstoss vollkommen kompensiert wird.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE FRAKTION DER BUNDESVERSAMMLUNG
GROUPE DEMOCRATE-CHRETIEN DE L'ASSEMBLEE FEDERALE
GRUPPO DEMOCRATICO CRISTIANO DELL'ASSEMBLEA FEDERALE

Gemäss dem Szenario II des Bundesamtes für Energie wird sich der Stromkonsum bis 2035 um 23% erhöhen. Dies entspricht dann einem Konsum von 73'800 GWh (heute 60'000 GWh) Elektrizität. Ein sinnvoller Strommix für die Jahr 2035 besteht damit für die CVP Fraktion aus 55% Wasserkraft, 35% Kernkraft und eine Steigerung der neuen erneuerbaren Energien auf mindestens 10 Prozent (gegenüber einer aktuellen Verteilung von 56.6%, 38%, 3.4% Erdöl und andere und 2% neue erneuerbare Energien).

1. Einführung

Ziele und Auftrag

Die Politik hat in den nächsten Monaten und Jahren wichtige Entscheide in der Energiepolitik zu fällen. Ziel dieses Arbeitspapiers ist zum einen eine sorgfältige Analyse der Probleme, die im Energiebereich, insbesondere angesichts der Klimaproblematik, auf uns zukommen und andererseits eine Einschätzung der Lösungsmöglichkeiten angesichts der energetischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Gestützt hierauf wird die CVP Fraktion hier ihre wichtigsten Positionen und konkreten Forderungen festlegen.

Im Bereich der Elektrizitätserzeugung geht es bei den Entscheiden vor allem um eine Verbesserung der Energieeffizienz, um die erneuerbaren Energien, die Kernenergie und den allfälligen Bau von Gaskraftwerken. Im Bereich der Wärmeerzeugung und der Kraftfahrzeuge sind mittel- und langfristig grosse Anstrengungen erforderlich, um die im Kyoto-Protokoll festgeschriebenen Ziele einhalten zu können.

Am 24. November 2006 hat die CVP Fraktion der eidgenössischen Räte eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Ständerat Hansheiri Inderkum und Nationalrat Ruedi Lustenberger eingesetzt, welche die energiepolitischen Positionen der Fraktion in einem entsprechenden Positionspapier auszuarbeiten hat.

Dieses Papier der Arbeitsgruppe soll aufzeigen, welche Energiepolitik die CVP Fraktion mittel- und langfristig d. h. bis etwa ins Jahr 2035 - angesichts des vorhersehbaren Engpasses im Elektrizitätsbereich und der CO₂-Problematik verfolgen will. Insbesondere wird in dem Dokument auf folgende Fragen Bezug genommen:

- Welchen Energie- und insbesondere Strombedarf hat die Schweiz? Mit welchem Energiewachstum ist zu rechnen?
- Über welches Potenzial verfügen die verschiedenen Ressourcen?
- Wie steht die CVP Fraktion zur Wasserkraft, zur Kernenergie, zu Gaskraftwerken, zu erneuerbaren Energien und zum Energieimport aus dem Ausland?
- Welche Massnahmen braucht es in Bezug auf die Energieeffizienz?
- Wie ist die notwendige Kapazität der Übertragungsnetze zu gewährleisten?
- Welche Massnahmen gilt es in der Klimapolitik nach « Kyoto », respektive nach 2012 zu ergreifen?

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE FRAKTION DER BUNDESVERSAMMLUNG
GROUPE DEMOCRATE-CHRETIEN DE L'ASSEMBLEE FEDERALE
GRUPPO DEMOCRATICO CRISTIANO DELL'ASSEMBLEA FEDERALE

Bei der Beantwortung dieser – unterschiedlichen – energiepolitischen Fragen hat die Arbeitsgruppe mit der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT), vertreten durch ProClim-, und der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) zusammen gearbeitet.

Das Positionspapier besteht aus einem ersten, wissenschaftlichen Teil, in welchem die Daten zu den Energieressourcen in Tabellen zusammengefasst sind und die wichtigen Komponenten dieser Tabellen sowie die im Energiesektor geltenden Rahmenbedingungen spezifiziert werden. Im zweiten Teil werden die Positionen präsentiert und konkrete Massnahmen aufgezeigt.

2. Grundlagen

2.1 Tabellen und Anwendung

Die nachstehende Tabelle wurde von ProClim im Auftrag der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT) und der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) erstellt und zeigt in einer Zusammenfassung die Chancen und Risiken der wichtigsten gegenwärtig und/oder inskünftig verfügbaren Energieressourcen. Sie gliedert sich in drei Teile – entsprechend den wichtigsten Arten der Energieanwendung, nämlich: Erzeugung von Strom, Erzeugung von Wärme und Antrieb von Kraftfahrzeugen, mithin Mobilität im engeren Sinne.

Diese Gliederung erscheint sowohl in der wissenschaftlichen Analyse, als auch mit Blick auf die zu ergreifenden Massnahmen sinnvoll. Nebst der Wahl der Ressourcen ist nämlich von Bedeutung, welche Art von Energie wie hergestellt wird. In der Tat könnten beispielsweise die fossilen Brennstoffe zur Wärmeerzeugung technisch gesehen bereits heute ersetzt werden durch Technologien wie Sonnenkollektoren, Wärmepumpen, Fernwärme, Pellets- und Holzschnitzel, etc. Bei den Kraftfahrzeugen hingegen ist man noch weit von einem alltäglichen Ersatz der fossilen Treibstoffe durch entsprechenden Technologien entfernt. Daher gibt es für die drei Bereiche unterschiedliche politische Lösungsansätze.

Dabei kann eine zu treffende Massnahme sehr wohl Konsequenzen auch für andere Verbrauchsformen haben. So würde beispielsweise ein substantiell verstärkter Einsatz von Wärmepumpen zu einer Erhöhung des Stromverbrauchs führen. In diesem Positionspapier werden die einzelnen Aspekte daher getrennt nach Art der Verwendung berücksichtigt.

Tabelle siehe Beilage.

2.2 Zusammenfassung der „Tabelle“

Einsparpotential bzw. Energieeffizienz

Ein grosses Potential liegt nach wie vor in der Realisierung des vorhandenen Einsparpotentials sowie der damit verbundenen Verbesserung der Energieeffizienz. Schätzungen zu Folge liegt dieses Potential für die Elektrizität gemäss „Tabelle“ bei 10'000 bis 15'000 GWh (bis ins Jahr 2035), für Wärme bei 20'000 (im Jahr 2020) bis 40'000 GWh (im Jahr 2050) und bei 23'000 (im Jahr 2020) bis 37'000 GWh (im Jahr 2050) für Treibstoff.

Elektrizität

Aktueller Elektrizitätsverbrauch in der Schweiz

Insgesamt beträgt der Stromverbrauch in der Schweiz 60'000 GWh¹. Dieser verteilt sich wie folgt: Wasserkraftwerke 56.5 %, Kernkraftwerke 38%, Erdöl 2.7%, **Kehrichtverbrennungsanlagen (KVA)** und Industrieabfälle 2.7% und andere 0.1%. Vom **Stromverbrauch** entfallen auf Industrie- und Gewerbebetriebe 33%, auf Haushalte 30,7%, auf Dienstleistungsbetriebe 26,3 %, auf den Transport 8,2% und auf die Landwirtschaft 1,8%. Strom macht etwa einen Viertel unseres gesamten Energieverbrauchs aus².

Potenzial der verschiedenen Ressourcen:

Eine entscheidende "Ressource" ist das **Potenzial zur Einsparung** bei den verschiedenen Mechanismen zur Elektrizitätserzeugung. Schätzungen zufolge liegt dieses Potenzial bis ins Jahr 2035 bei 10'000 bis 15'000 GWh.

Wasserkraft ist nach wie vor die wichtigste Ressource zur Erzeugung von Elektrizität in der Schweiz. Diese heimische Energiequelle ist erneuerbar, das Ausbaupotential ist jedoch begrenzt. Es konzentriert sich schwergewichtig auf den Neu- oder Umbau von Speicherkraftwerken, Laufwasserkraftwerken, und Kleinstwasserkraftwerken. Diese Stromquelle bietet viele Vorteile, beispielsweise aus klima- und umweltspezifischer Sicht (schwache CO₂-Emission) und aus Gründen der Unabhängigkeit der Stromversorgung. Ein künftiges Problem besteht in den Auswirkungen der Klimaveränderung. Das Schmelzen der Gletscher könnte in den Trockenperioden zu einer verminderten Elektrizitätserzeugung führen.

Die mit **Uran** in Kernkraftwerken produzierte Elektrizität steht an zweiter Stelle der Stromproduktion in der Schweiz. Zu den Pluspunkten dieser Ressource zählen die Kosten, die schwache Schadstoffemission und die Versorgungssicherheit (Verfügbarkeit, Lagerung und Produktionsstandort). Allerdings ist Uran nicht in

¹ Quelle: Alle Angaben beziehen sich auf die „Tabelle“ der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT) und der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) vom Februar 2007

² Quelle : Schweizerische Elektrizitätsstatistik 2005, Bundesamt für Energie

unendlichen Mengen verfügbar, wenngleich länger als Öl. Technische Verbesserungen könnten die Effizienz der Kernkraftwerke steigern. Als negativer Aspekt dieser Ressource bleibt jedoch die Frage nach der Entsorgung der radioaktiven Abfälle und der mit der Nutzung der Kernkraftwerke verbundenen Risiken. Die Entsorgung der radioaktiven Abfälle ist technisch machbar und der Entsorgungsnachweis ist erbracht. Die Frage der Entsorgung ist aber politisch noch nicht gelöst.

Elektrizität aus **Erdöl** trägt nur zu einem kleinen Teil zur Stromproduktion der Schweiz bei. Es handelt sich beim Erdöl um eine mittelfristig begrenzte Ressource, deren Preis im Verhältnis zur Verfügbarkeit steigen wird. Erdöl lässt sich gut lagern. Negativ ist zu vermerken, dass die ölproduzierenden Länder zum Teil politisch unsicher und auf bestimmte Regionen konzentriert sind. Die Schadstoffemissionen (CO₂, NO_x) sind problematisch und die mit dem unsicheren politischen Umfeld verbundenen Risiken der Förderung sind zu berücksichtigen.

Auch die Erzeugung von Strom durch **KVA und Industrieabfälle** macht nur einen kleinen Teil in der Stromproduktion aus. Ihr Potenzial steckt in der Optimierung der technischen Effizienz. Diese Ressource bietet ansonsten grosse Vorteile.

Das **Erdgas** für die Stromproduktion hat als Vorteil eine rasche Realisationszeit der Kraftwerke, aber als grossen Nachteil die hohen CO₂-Emissionen.

Die anderen **Stromquellen**, namentlich die neuen erneuerbaren Energien, machen gegenwärtig nur einen minimalen Anteil am Stromverbrauch aus. Einige bieten jedoch ein interessantes Potenzial. Dies trifft insbesondere für die **Windkraft** und die **Geothermie** zu. Allerdings sind die Kosten für die Windkraft relativ hoch.. Die Nutzung der Erdwärme birgt Unwägbarkeiten in Bezug auf die möglichen Kosten und technische Risiken, wie die Erdbebenserie im letzten Dezember und im Januar aufgezeigt hat. Sie hat doch ein grosses Potenzial. Sie ist zeitlich unbegrenzt verfügbar, es gibt nur eine geringe Schadstoffemission und die Produktion kann im eigenen Land erfolgen.

Wärme

Aktueller Wärmeverbrauch in der Schweiz

Insgesamt beträgt der Wärmeverbrauch 110'000 GWh und verteilt sich wie folgt auf die folgenden Energieträger: Erdöl 58%, Erdgas 27%, Holz und Biomasse 7%, Industrieabfälle und KVA 5%, Kohle 1.4%, Umgebungswärme 1.4% und andere 0.2%. Die in der Schweiz verbrauchte Wärme wird also vor allem aus Öl und Erdgas erzeugt – Ressourcen, welche importiert werden müssen. Hier besteht noch viel Handlungsspielraum, beispielsweise in Bezug auf die Heizungsanlagen und die Isolierung von Gebäuden.

Potenzial der verschiedenen Ressourcen:

Im Bereich Wärme ist das Potenzial zur **Energieeinsparung** sehr hoch, insbesondere aufgrund verbesserter Isolierung der Gebäude oder effizienterer Heizsysteme. Das Potenzial in diesem Bereich liegt gemäss Schätzungen zwischen 20'000 (Jahr 2020) und 40'000 GWh (Jahr 2050).

Erdöl ist mit 58% die bei weitem wichtigste Wärmequelle in der Schweiz. Wie bereits erwähnt, sind die Erdölreserven begrenzt, die Produktionsstandorte nicht sehr sicher und die Emissionen schädlich. Die Preise sind daher volatil. Das Potenzial liegt in der Perfektionierung der Technologie, der Einführung von Filtern, der Ausscheidung von CO₂, der Entdeckung neuer Reserven und der Optimierung der Nutzleistung.

Erdgas ist die zweite wichtige Wärmequelle in der Schweiz. Sie macht etwa 27% des Verbrauchs aus. Auch hier sind die Reserven begrenzt. Allerdings reichen sie für einen längeren Zeitraum als die des Erdöls. Die Schadstoffemission ist zwar geringer als bei der Kohle oder beim Erdöl, liegt insgesamt jedoch trotzdem relativ hoch. Der Erdgaspreis bewegt sich parallel zum Erdöl und könnte daher ebenfalls ansteigen und unterliegt daher ebenfalls Schwankungen, insbesondere nach oben.

Holz und Biomasse machen gegenwärtig 7% des Verbrauchs aus und stehen damit an dritter Stelle bei der Wärmeerzeugung. Das Potenzial dieser Ressource ist relativ interessant (heute 4000 GWh, 2050: 5000-10000 GWh) und ihr Schadstoffausstoss - vor allem NO_x und Verbrennungspartikel - bewegt sich im Vergleich zu anderen erneuerbaren Energien auf hohem Niveau.

Kehrichtverbrennungsanlagen und Industrieabfälle haben einen Anteil von 5% an der Wärmeproduktion. Das Potenzial in diesem Bereich ist beinahe erschöpft (vgl. Elektrizität).

Das Potenzial der **neuen erneuerbaren Energien** bei der Wärmeproduktion ist sehr hoch. Speziell die Sonnenenergie könnte vermehrt genutzt werden, vor allem durch den Bau von thermischen Sonnenenergiesystemen und die lokale Wärmeerzeugung.

Auch die **Umgebungswärme** (Wärmepumpen) zählt zu den potenziell interessanten Ressourcen, setzt jedoch die Erzeugung von mehr Elektrizität voraus. Wie vorstehend bereits erwähnt, ist auch die **Erdwärme** eine Ressource mit sehr grossem Potenzial.

Mobilität (Kraftfahrzeuge / Verkehrsmittel)

Treibstoffverbrauch in der Schweiz

Der Energiekonsum beim Treibstoff beträgt heute 80'000 GWh. Dieser verteilt sich wie folgt: Bis zu 99% der Kraftfahrzeuge werden mit Benzin oder Diesel angetrieben, der Rest mit Erdgas, Biodiesel oder Biogas. Die durchschnittliche Lebensdauer eines Autos liegt bei 11 Jahren. Die Erneuerung des Fahrzeugparks erfolgt also relativ schnell und bietet demzufolge interessante, auch kurzfristige Perspektiven für die Anwendung neuer, insbesondere umweltfreundlicherer Technologien.

Potenzial der verschiedenen Ressourcen:

Auch hier zeigt sich ein beträchtliches **Einsparpotenzial** durch die Möglichkeit, effizientere Motoren und Fahrzeuge zu bauen und öffentliche Verkehrsmittel optimaler nutzen zu können. Dieses Einsparpotenzial wird auf 23'000 (Jahre 2020) bis 37'000 GWh (Jahr 2050) geschätzt.

Erdöl kommt in diesem Bereich eine Monopolstellung zu. Die mit dieser Ressource verbundenen Probleme wurden bereits erläutert. Die Potenziale im Bereiche der Verkehrsmittel liegen in der Einführung von Schadstofffiltern, der Perfektionierung der Technologie, der Ausscheidung von CO₂, der Entdeckung neuer Reserven und der Optimierung der Nutzleistung.

Erdgas verfügt langfristig über ein grosses Potenzial. In Bezug auf die Schadstoffemissionen liegt es zwar unter dem Erdöl; dennoch verbleibt eine erhebliche Umweltbelastung. Die Reserven sind höher als die des Erdöls.

Biodiesel, Biogas und Bioethanol bieten interessante Vorteile bezüglich Umweltschutz und die Emission toxischer Stoffe. Ihr Potenzial ist relativ hoch.

Verflüssigte **Kohle** ist als vorübergehender Ersatz von Erdöl zwar denkbar, da die Verfügbarkeit länger gewährleistet ist. Die Schadstoffbelastung ist jedoch bei dieser Treibstoffart sehr hoch.

2.3 Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen für die Energiepolitik der Schweiz sind durch verschiedene Faktoren geprägt. Sie sind zum einen vorgegeben, zum andern können sie durch die Politik bestimmt werden.

Vorgegeben sind:

- Das Einsparpotential und Verbesserungen bei der Energieeffizienz sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft.
- Wichtige Energieträger sind begrenzt (Öl, Uran, Gas, etc.)

- Die mit der Electricité de France (EDF) bestehenden Lieferverträge über den Import von Strom laufen anfangs 2020 aus. Sie entsprechen dem Produktionsvolumen von zwei Kernkraftwerken. Der bevorzugte Stromimport über langfristige Verträge kann durch Reglementierungen der EU und Lieferengpässe gefährdet werden.
- Es ist damit zu rechnen, dass ab ca. 2020 einzelne Kernkraftwerke vom Netz genommen werden.
- Den Herausforderungen der Klimapolitik und den Zielen und Massnahmen des Kyoto-Protokolls und insbesondere der Phase „nach Kyoto“ ist Rechnung zu tragen. Die weltweite CO₂ Problematik und der Klimawandel fordern uns zum Handeln auf.
- Mit Blick auf den liberalisierten Strommarkt, verlangt die Kapazität des Elektrizitätsnetzes nach entsprechenden Investitionen.
- Das Ausbaupotential von erneuerbaren Energien ist beschränkt.

Die **Politik** hat insbesondere zu definieren:

- In welchem Ausmass und zu welchen Bedingungen wollen wir Wirtschaftswachstum?
- Inwieweit sind wir bereit, Abstriche beim Lebensstandard und beim Komfort hinzunehmen um die Energieversorgung zu sichern?

Zur Sicherung unserer Lebensqualität und insbesondere zur langfristigen Finanzierung unserer Sozialwerke ist ein angemessenes Wirtschaftswachstum unabdingbar. Wir gehen von einem **durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von 1.5 - 2%** in den nächsten Jahren aus.

Bei aller Schwierigkeit, welche Prognosen beinhalten, ist es doch hilfreich, sich auf eine Grundlage zu einigen. Grundsätzlich orientieren wir uns bei unseren Überlegungen am Szenario II des BFE, wonach heute beschlossene Massnahmen umgesetzt und Effizienzmassnahmen leicht forciert werden. Wir sind uns aber der Schwäche dieser Zahlen bewusst. Das Szenario des BFE stützt sich auf Zahlen aus dem Jahr 2001. Inzwischen wurden die Annahmen über Wirtschaftswachstum und Bevölkerungswachstum angepasst und nach oben korrigiert.

Das Szenario II des BFE präsentiert sich wie folgt: „In diesem Szenario verstärken Politik und Wirtschaft ihre Zusammenarbeit, um eine höhere Energieeffizienz zu erreichen. Zu den wichtigsten Instrumenten gehören eine CO₂-Abgabe auf Brennstoffen sowie ein Bonus-Malus-System für Personenwagen. Jährlich werden 330 Millionen Franken für die Förderung des „grünen“ Stroms verwendet. Weitere 200 Millionen Franken aus dem Klimarappen sowie aus EnergieSchweiz und Globalmitteln fliessen in die Effizienzsteigerung und die Förderung der erneuerbaren Energien. 30 Millionen Franken werden in den Kauf ausländischer CO₂-Zertifikate investiert zur Erfüllung der Reduktionsverpflichtungen im Ausland. Die

technischen Möglichkeiten werden mit freiwilligen Massnahmen und schnellerer Anpassung der Normen besser ausgeschöpft als im Szenario I.”³

In Zahlen ausgedrückt:

- „Endenergienachfrage: Sie nimmt im Jahr 2035 gegenüber 2000 um 4% ab: Nach einem Anstieg bis 2010 kehrt sich der Trend um, und die Gesamtnachfrage geht langsam zurück. Die Nachfrage nach fossiler Energie sinkt um 20%, jene nach Elektrizität steigt um rund 23%. Der Anteil der erneuerbaren Energien wächst.
- Stromnachfrage: Der Stromverbrauch steigt bis 2035 jährlich um knapp 0.6%. Während die Nachfrage im Verkehrssektor ungebremst wächst, schwächt sich das Wachstum im Dienstleistungssektor ab. Die einheimische Deckungslücke öffnet sich ab 2018 und erreicht am Ende des Betrachtungszeitraums 18.6 TWh. Beim Stromangebot können bis zum Jahr 2035 dank der verstärkten Förderung 5.7 TWh an erneuerbaren Energien (Wasserkraft, Biomasse, Wind, Erdwärme, Sonne) zugebaut werden,“⁴

³ Bundesamt für Energie. Energieperspektiven 2035 Management Summary vom 15. Januar 2007

⁴ idem

3. Energiepolitische Grundsätze

Die CVP Fraktion orientiert sich bei der Erarbeitung ihrer energiepolitischen Positionen an den folgenden Wertvorstellungen:

- Wir stellen den Menschen und sein Wohlergehen in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen. Die Schweiz muss ihren Bürgerinnen und Bürgern ein gesundes, stabiles Umfeld bieten können. Dazu gehört insbesondere eine Energie- und Klimapolitik, die auch künftigen Generationen eine Energieversorgung garantiert, die ausreichend und sicher, wirtschaftlich und umweltverträglich, mit anderen Worten nachhaltig, ist.
- Wir wollen nichts unversucht lassen, das Sparpotential beim Energiekonsum auszuschöpfen und die Energieeffizienz markant zu steigern, um die Verschwendung von Energie einzudämmen und damit die Produktion zu entlasten.
- Wir wollen optimale Rahmenbedingungen für eine starke, wettbewerbsfähige und innovative Wirtschaft, die sich ihrer gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung gegenüber Mensch und Umwelt bewusst ist.

Daraus ergeben sich für uns die folgenden energiepolitischen **Grundsätze**

1. Wir wollen die Energieeffizienz und das Sparpotential substantiell steigern.
2. Wir wollen die Klimabelastung massiv reduzieren und einen wesentlichen Beitrag zum Schutz und zur Erhaltung der Umwelt leisten. Für uns gilt das Verursacherprinzip und damit setzen wir uns konsequent ein für die Internalisierung externer Kosten. Die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Güterproduktion muss erhalten bleiben.
3. Wir wollen einen Schwerpunkt auf die Forschung, Produktion und die Verwendung von neuen erneuerbaren Energien setzen.
4. Wir wollen eine grösstmögliche Unabhängigkeit in der Energieversorgung, insbesondere im Strombereich.
5. Wir wollen, dass die Schweiz ihren Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft eine ausreichende Energieversorgung sichert.
6. Wir wollen, dass die Schweiz in Bezug auf die Energiepolitik Modellcharakter hat, die Umwelt achtet und sich der energetischen und klimatischen Herausforderungen der Zukunft bewusst ist.

4. Positionen und Massnahmen

4.1 Elektrizität

Politische Bewertung

Für eine ausreichende, sichere, umweltfreundliche, unabhängige und kostengünstige Stromversorgung der Schweiz ist die Elektrizität aus Wasserkraft nach wie vor von absolut zentraler Bedeutung. Gleichzeitig gilt es jedoch auch, neue erneuerbare Energien zu fördern, zunächst im Rahmen der Forschung und danach auch für die Erzeugung und den Verbrauch von Elektrizität. Mit Blick auf wissenschaftliche Erwägungen und wachstumsspezifische Argumente stellt die CVP Fraktion fest, dass die Schweiz auf die Kernenergie auf absehbare Zeit nicht verzichten kann. Unser Land ist weiter bestens geeignet für den Stromaustausch mit dem Ausland. Das gilt für den Export überschüssiger Bandenergie im Sommer mit Rückbezugsrecht im Winter, wie auch für den Einsatz der teuren Spitzenenergie über die andere nicht oder nicht in gleichem Ausmass verfügen. Der gute Zustand der Strom-Übertragungsnetze ist langfristig sicherzustellen und dem erwarteten Transport-Bedarf zeitgerecht anzupassen.

Die CVP Fraktion fordert, dass die **Wasserkraft** auch weiterhin die wichtigste Ressource zur Elektrizitätserzeugung in der Schweiz bleibt. Wasserkraft ist eine einheimische, erneuerbare, umweltfreundliche und relativ kostengünstige Ressource. Daher gilt es, das verbleibende Potenzial in diesem Bereich zu nutzen und die Effizienz der Wasserkraftwerke durch technologische Entwicklungen weiter zu optimieren. Zu diesem Zweck sollen Speicherkraftwerke, Laufwasserkraftwerke, und Kleinstwasserkraftwerken neu erbaut, erneuert oder umgebaut werden können. Gerade die Speicherkraftwerke mit der Möglichkeit Spitzenstrom zu erzeugen, werden im internationalen Strommarkt noch an Bedeutung gewinnen. Generell sind bei der Wasserkraft die Bewilligungsverfahren schlanker zu machen und zu straffen. Eine Verschärfung der Restwasservorschriften würde die notwendige Produktionserhöhung verhindern. Obwohl dem Ausbau Grenzen gesetzt sind, erlaubt der technische Fortschritt eine markante Verbesserung der Wirkungsgrade. Dieses Verbesserungspotential wollen wir unbedingt voll ausschöpfen.

Die CVP Fraktion unterstützt die Förderung von **neuen erneuerbaren Energien** wie Windkraft, Biomasse und Geothermie. Im Bereich der **Geothermie** müssen zunächst die Forschung verstärkt und dann auf mittlere Sicht die Produktion und der Verbrauch gefördert werden. Im Bereich der **Windkraft** birgt der Bau von neuen Windkrafträdern in der Schweiz ein interessantes (10% der neuen erneuerbaren Energien, ca. 1% der erneuerbaren Energien) und umweltfreundliches Potenzial. Die CVP Fraktion setzt sich dafür ein, dass ein wesentlicher Schwerpunkt in den für die Forschung bestimmten Finanzmitteln auf die Technologie der erneuerbaren Energien und für die Energieeffizienz gesetzt wird.

Zunächst einmal muss unbedingt alles daran gesetzt werden, die **Energieeffizienz** zu optimieren, auf einen sparsamen Umgang mit der Ressource Energie hinzuwirken, die Wasserkraft optimal zu nutzen und die neuen erneuerbaren Energien gezielt zu fördern.

Dennoch ist die CVP Fraktion überzeugt, dass auf die **Kernkraft** einstweilen nicht verzichtet werden kann. Sie ist weiterhin erforderlich, um die Energieversorgung in unserem Land sicherzustellen, dieses auf seinem Wachstumspfad zu halten und einen Versorgungsengpass zu vermeiden. Wie die wissenschaftlichen Zahlen belegen, kann mittelfristig nicht damit gerechnet werden, dass der steigende Strombedarf der Bevölkerung und der Wirtschaft durch die erneuerbaren Energien allein gedeckt wird. Daher muss die Kernkraft weiterhin Bestandteil der Energiepolitik des Landes sein. Durch sie bleibt die Schweiz von der Abhängigkeit von anderen Produktionsländern verschont, kann verantwortungsvoll mit ihrer Umwelt umgehen und Elektrizität zu einem moderaten Preis erzeugen. Es kann daher nicht genügen, lediglich die Option Kernkraft offen zu halten. Mit Blick auf die doch recht lange Planungs- und Realisierungsphase bei Kernkraftwerken sind deshalb ohne Verzug die entsprechenden Planungsarbeiten und Bewilligungsverfahren an die Hand zu nehmen. Dabei geht es nicht um einen Ausbau des bestehenden Kernkraftwerkparkes, sondern um einen Ersatz bisheriger Kraftwerke durch neue, bzw. erneuerte Anlagen mit höherer Sicherheit und besserer Leistungskraft. Die Frage nach der Entsorgung der radioaktiven Abfälle ist dabei parallel zu behandeln und rasch zu entscheiden.

Sollte sich in den nächsten Jahren abzeichnen, dass es nicht gelingt mit den oben beschriebenen Massnahmen einen Versorgungsengpass zu vermeiden, wird sich die CVP Fraktion nicht gegen die Erstellung eines Gaskraftwerkes stellen. Unbedingt sichergestellt sein müssen jedoch die Begrenzung der Höchstlaufdauer und die Beschränkung der Kapazität auf das absolut erforderliche Minimum. Die CVP Fraktion verlangt, dass dabei der CO₂ Ausstoss vollkommen kompensiert wird.

Gemäss dem Szenario II des Bundesamtes für Energie wird sich der Stromkonsum bis 2035 um 23% erhöhen. Dies entspricht dann einem Konsum von 73'800 GWh (heute 60'000 GWh) Elektrizität. Ein sinnvoller Strommix für die Jahr 2035 besteht damit für die CVP Fraktion aus 55% Wasserkraft, 35% Kernkraft und eine Steigerung der neuen erneuerbaren Energien auf mindestens 10 Prozent (gegenüber einer aktuellen Verteilung von 56.6%, 38%, 3.4% Erdöl und andere und 2% neue erneuerbare Energien).

Massnahmen:

- Wir fordern den Bundesrat auf, parallel zu den Bestrebungen der EU die bestehenden Lücken im Bereich der Energieetiketten bis 2008 zu schliessen. Neu sollen Energieetiketten auch für folgende elektronische und elektrische Geräte verbindlich werden:
 - Beamer
 - Boiler

- Drucker, Kopierer
 - Elektroheizungen
 - Elektroherd
 - Fernsehgeräte
 - Kaffeemaschinen
 - Monitore (Computer)
 - Staubsauger
 - Wärmepumpe
 - Video / DVD
 - HiFi-Anlagen
- Wir verlangen eine rasche Umsetzung der Motion 06.3134. "Der Bundesrat wird aufgefordert, die notwendigen Gesetzesgrundlagen für Leistungsverträge mit den Kantonen zu schaffen, in welchen er Vorgaben für Energieeffizienzziele festlegt."
 - Wir verlangen, dass der Bund in Kooperation mit den zuständigen Stellen in der Wirtschaft eine Sensibilisierungskampagne in Bezug auf die künftigen Energieversorgungsprobleme in der Schweiz durchführt. Eine solche Kampagne muss sich auf die Energieeffizienz konzentrieren.
 - Wären unsere Haushaltgeräte bei Nichtgebrauch vollständig abgestellt und nicht im Standby-Modus, könnten wir massiv Energie sparen. Hier braucht es technische Vorschriften. Es braucht keine grossen technischen Innovationen, um diesen Verbrauch möglichst auf Null zu reduzieren. Wir fordern den Bundesrat deshalb auf, parallel zu den Bestrebungen der EU:
 - Geräte, die im ausgeschalteten Zustand Strom verbrauchen und die sich nicht per Schalter vom Stromnetz trennen lassen (Schein-Aus) bis 2010 nicht mehr zum Verkauf zuzulassen.
 - bestimmte Gerätegruppen, bei welchen in der Praxis auf den Standby-Modus verzichtet werden kann bis 2010 nicht mehr zum Verkauf zuzulassen.
 - für bestimmte Gerätegruppen für deren Betrieb der Standby-Modus unerlässlich verbindliche Grenzwerte für den Standby-Verbrauch festzulegen.
 - „Energiefresser“: Verkaufsverbote einführen: Wir fordern den Bundesrat auf, das System der Energieetikette bei Haushaltgeräten um eine Ausschlussbestimmung zu ergänzen:
 - Ab dem Jahr 2010 sind nur noch Geräte der Klassen A bis C zugelassen.
 - Ab dem Jahr 2012 sind nur noch Geräte der Klassen A und B zugelassen.
 - Die mit der Electricité de France (EDF) bestehenden Lieferverträge über den Import von Strom laufen anfangs 2020 aus. Wir benötigen langfristige Verträge, die den Austausch unserer kostbaren Spitzenenergie gegen die benötigte Bandenergie sichern. Der Zustand der Strom-Übertragungsnetze ist langfristig sicherzustellen und dem erwarteten Transport Bedarf zeitgerecht anzupassen.

- Wir sind für eine Stärkung der Wasserkraft. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns in Bezug auf die Restwassermengen gegen eine weitere Verschärfung des Gewässerschutzgesetzes aus. Der Schwall- und Sunk-Problematik kann durch bauliche Massnahmen (Ausgleichsbecken etc.) begegnet werden, ohne Verminderung der Produktionskapazität.
- Wir fordern, dass ein wesentlicher Teil der für die Forschung und Innovation (BFI Gelder) bestimmten Gelder in den kommenden Jahren für die Erforschung und Umsetzung der neuen erneuerbaren Energien eingesetzt wird.
- Wir verlangen die Schaffung einer nationalen Plattform für die Erforschung der erneuerbaren Energien, um so den Ergebnis- und Informationsaustausch zu fördern.
- Wir fordern, dass die im Zusammenhang mit dem Bau von Kernkraftwerken in der Schweiz anwendbaren Verfahren beschleunigt werden, damit diese 12 Jahre nicht überschreiten. Dabei sind insbesondere die Bearbeitungszeiten der Behörden für Stellungnahmen und Antworten, die innerhalb des Prozesses vorgesehen sind zu limitieren. Stimmt die Bevölkerung dem Ersatz älterer Anlagen zu, muss in diesem Zeitraum die Realisierung ermöglicht werden.
- Bei der Ersetzung alter Kernkraftwerke sind diese so auszustatten, dass die Abwärme an ein Fernwärmenetz angeschlossen werden kann.
- Die Entsorgung des bereits anfallenden und künftig zu erwartenden radioaktiven Abfalls muss parallel zur Planung eines Ersatzes einer bestehenden Anlage gelöst werden.

4.2 Wärme

Politische Bewertung

Im Bereich Wärme bietet sich ein sehr grosses **Einsparpotenzial** sowie ein interessantes Feld zur **Verwendung erneuerbarer Energien**. Im einen Fall geht es dabei um Investitionen und im anderen um die Änderung von Gewohnheiten.

Was das **Einsparpotenzial** anbetrifft, so kann dank neuer Einrichtungen und Technologien realistischweise von **bis zu 20'000 (Jahr 2020) und bis zu 40'000 GWh** (Jahr 2050) ausgegangen werden. Die Energieeffizienz selbst kann als Ressource betrachtet werden und bringt der Schweiz eine bessere Nutzung der vorhandenen Energien. Die CVP Fraktion unterstützt beispielsweise Massnahmen zur Erforschung und Umsetzung von mehr Energieeffizienz beim Bau von Gebäuden.

Ferner erscheint es notwendig, die Abhängigkeit der Schweiz vom Öl zu reduzieren, beispielsweise im Zusammenhang mit Heizungssystemen durch die Verwendung von Alternativlösungen wie Erdgas, Wärmepumpen oder Holzheizungssystemen. Die **erneuerbaren Energien** sind im Wärmebereich realistische und praktikable Alternativen: Fernwärme, basierend auf verschiedenen Brennstoffen (Uran, Abfälle), Sonnenkollektoren, Sonnenenergiesysteme, Wärmepumpen, Geothermie, **Biomasse und Holz**, etc.

Diese Alternativen verfügen über ein **grosses** und bislang nur unzureichend genutztes Potenzial. Auch die Umgebungswärme (Wärmepumpen) zählt zu den potenziell interessanten Ressourcen, setzt jedoch die Erzeugung von mehr Elektrizität voraus. Die Geothermie ist eine Ressource mit grossem Potenzial. Es wird aber noch viel Forschung betrieben werden müssen, bis diese Technologie kommerziell genutzt werden kann.

Massnahmen:

- Wir verlangen, dass die Heizkosten bei Neubauten und nach Totalsanierung von Altbauten grundsätzlich individuell abgerechnet werden.
- Wir verlangen vom Bundesrat, rechtzeitig Vorschläge für Kyoto II hinsichtlich Reduktionsziele und Massnahmen vorzulegen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere zu prüfen, ob die CO₂-Abgabe oder ein allfälliges Nachfolge-Instrumentarium weiterhin als reine Lenkungsabgabe zu belassen ist, oder ob es nicht besser wäre, die Abgabe als Zwecksteuer auszugestalten. Zudem fordern wir, dass der Bundesrat die Energiepolitik und die Klimapolitik aufeinander abstimmt, die Vorschläge für Kyoto II sind jetzt zusammen mit der Energiefrage zu besprechen.
- Schliesslich soll sich der Bundesrat auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass sich Massnahmen für den Umweltschutz ‚lohnen‘.
- Wir verlangen die Förderung des Wärmecontracting.
- Wir verlangen, dass das Miet- und Steuerrecht entsprechend geändert wird, um Anreize zu schaffen, damit die Hauseigentümer in Massnahmen betreffend Energiesanierung (z.B. Gebäudehülle) investieren.
- Wir verlangen, dass die Kantone vermehrt angehalten werden, im Bereich der Wärmeisolierung ihre Pflichten wahrzunehmen, es ist zu prüfen ob dem Bund in diesem Bereich gegenüber heute zusätzliche Kompetenzen übertragen werden sollen.
- Bei Neubauten und Totalsanierungen muss der Energieeffizienz oberste Priorität beigemessen werden. Wir wollen den Minergie und den Minergie P Standard bis 2012 verbindlich festlegen.

4.3 Mobilität (Kraftfahrzeuge / Verkehrsmittel)

Politische Bewertung

Der Bereich Mobilität in der Energiepolitik konzentriert sich auf die Verwendung von Erdöl in Form von Benzin oder Diesel. Diese Ressource ist anfällig und mittel- bis langfristig nicht mehr in ausreichendem Masse vorhanden. Gegenwärtig stehen Erdgas, Biodiesel oder Biogas und Kohle als Alternativen im Raum, werden jedoch bislang eher selten eingesetzt. Es geht darum, Biogas und Erdgas - wie im Rahmen des Mineralölsteuergesetzes geschehen - als Treibstoff zu fördern.

Die Verkehrsmittel als Verbrauchskategorie machen zurzeit 32,3%⁵ des Endverbrauchs in der Schweiz aus, so dass diesem Bereich energiepolitisch grosse Bedeutung zukommt und dort vorgenommene Veränderungen wichtige Ergebnisse zeitigen können.

Die CVP Fraktion will den Akzent im Bereich Kraftfahrzeuge / Verkehrsmittel in folgenden drei Punkten setzen:

- Zunächst gilt es, **neueste Technologien** zum Schutze der Umwelt und zur Effizienz der Motoren beim Bau neuer Fahrzeuge systematisch einzusetzen. Die Erneuerung des Fahrzeugparks geht relativ schnell vonstatten - in der Regel liegt die mittlere Lebenserwartung eines Autos bei 11 Jahren - und bietet ein sehr hohes Potenzial für die Umsetzung modernster Techniken.
- Ausserdem sind die in Bezug auf **Filter und Besteuerung von Fahrzeugen** bestehenden Regelungen zu harmonisieren. Fahrzeuge, die ohne Filter unterwegs sind und mit Diesel fahren, belasten die Umwelt in hohem Masse. Die Bevölkerung muss daher für diese Thematik sensibilisiert werden und einen finanziellen Anreiz erhalten, Partikelfilter einzusetzen.
- Und schliesslich ist es aus umwelttechnischer und versorgungstechnischer Sicht wichtig, mittel- bis langfristig die Verwendung von Treibstoffen wie **Biogas, Bioethanol und Erdgas** zu bevorzugen.

Massnahmen:

- Wir verlangen, dass Fahrzeuge ohne Partikelfilter mehr zahlen. Mit entsprechenden Übergangsfristen ist gänzlich auf die Zulassung von Dieselfahrzeugen mit hohem Russpartikelausstoss zu verzichten, analog der Einführung des Katalysators.
- Wir fordern die Kantone auf, die Regelung zur Besteuerung von Fahrzeugen, die sich nach dem Treibstoffverbrauch und der CO₂-Emission des jeweiligen Fahrzeugs richtet zu harmonisieren.
- Wir fordern, dass die Städte in die Bereitstellung öffentlicher, erdgasbetriebener und anderer Formen von umweltverträglichen Transportmittel investieren
- Die Fahrzeugtechnologie hat sich in den letzten Jahren erheblich weiterentwickelt. Wir stehen deshalb für eine Erhöhung der Importzölle für "Benzinfresser" ein.
- Wir verlangen höhere Abgaben für den Transitschwerverkehr, welcher Schweizer Umweltstandards nicht erfüllt sowie ein Verbot für den Transitschwerverkehr mit hohem Russpartikelausstoss mit einer entsprechenden Übergangsfrist.
- Wir sorgen für einen günstigen Service public – insbesondere beim öffentlichen Verkehr: Die Unternehmen müssen sich effizienter organisieren, Produktivitätsschritte anstreben und die errungenen Kostenvorteile an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergeben.
- Neue Bundesfahrzeuge (Verwaltung, Armee etc.) müssen der energieeffizientesten und schadstoffärmsten Technologie entsprechen, welche zu konkurrenzfähigen Preisen verfügbar ist.

⁵ Quelle : Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2005, Bundesamt für Energie

- Die Schweiz setzt sich für eine europaweite CO2 Abgabe im Luftverkehr ein.
- Wir verlangen vom Bundesrat einen „Bericht für ein nationales Park&Ride-Konzept“. Er soll darin aufzeigen:
 - wo Lücken im Angebot bestehen;
 - wie eine planerisch optimale Verbindung von Pendlerregionen durch Park&Ride-Angebote resultieren kann;
 - welche Möglichkeiten sich für die Finanzierung entsprechender Projekte ergeben.

Mitglieder der Arbeitsgruppe

Mitglieder AG Energie

Inderkum	Hansheiri	Ständerat / Leitung
Lustenberger	Ruedi	Nationalrat / Leitung
Bader	Elvira	Nationalrätin
Brunner	Andreas	Fraktionspräsident AG
Cathomas	Sep	Nationalrat
Dürr	Lucius	Fraktionspräsident ZH
Engler	Stefan	Regierungsrat GR / Präsident der Energiedirektorenkonferenz
Epiney	Simon	Ständerat
Escher	Rolf	Ständerat
Kalbermatten	Pascal	JCVP
Lombardi	Filippo	Ständerat
Schmidiger	Josef	Grossrat LU
Walker	Felix	altNationalrat
Zemp	Markus	Nationalrat

Wissenschaftliche Unterstützung

Wokaun	Alexander	Leiter Forschungsbereich allg. Energie am Paul Scherrer Institut
Neu	Urs	ProClim
Kissling	Ingrid	Generalsekretärin der Akademie der Naturwissenschaften (SCNAT)
Dietrich	Philipp	Competence Center for Energy and Mobility CCEM-CH

Projektunterstützung

Blatter	Hannes	Fraktionssekretär
Amgwerd	Véronique	Wiss. Mitarbeiterin CVP CH
Siegrist	Stefan	Wiss. Mitarbeiter CVP CH